

Volksstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg. Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“ jeden Montag nachmittags.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 8407. Postfachnummer Leipzig Nr. 87573.

Nr. 222

Wagnerspreis: Durch Mastenlager monatlich 5.- Mk., einschließlich Frachtkosten. Für Abnehmer 4 50 Mk. Durch Verlagsort im 1. Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra.

Halle, Dienstag, den 21. September 1920

Mineralepreis: Im Abdruck. Angeordnet 60 Pfg., Reklamier im Wert 2.50 Mk., 1. d. Millimeterhöhe. Postabrechnung 50%. Nachdruck. Gehalt der Einzelnummern für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

4. Jahrgang

Betriebsräte auch in Italien.

Die Grundlage für die Beteiligung der Metallarbeiterklasse in Italien.

Rom, 20. Sept. Im Ministerium des Innern hatte Giolitti eine Besprechung mit den Vertretern der Industriellen und der Arbeiter unter Teilnahme der Präsidenten von Mailand und Turin. Alle in Frage kommenden Punkte wurden erörtert. Bezüglich der von den Industriellen für notwendig erachteten Arbeiterentlohnungen schlug Giolitti eine vorläufige Formulierung vor. Nach Schluß der Sitzung wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: Da die gewerkschaftlichen Verbände eine Kontrolle der Betriebe zum Zweck der Steigerung der Produktion und der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens für notwendig erachteten und die Betriebe sich der Einführung der Kontrolle nicht widersetzen, wird ein Ausschuss gebildet, der Vorschläge unterbreiten soll für ein von der Regierung auszurarbeitendes Gesetz. Die industriellen Organisationen sollen auf der Grundlage der Beteiligung der Arbeiter bei der technischen und finanziellen Kontrolle, sowie in den Verwaltungen der industriellen Unternehmungen aufgebaut werden. Diese

Vorschläge sollen sich auch erstrecken auf die Einstellung und Entlassung der Arbeiter. Die Arbeiter werden die Arbeit wieder aufnehmen.

Rom, 20. Sept. (Stefani.) Nach der Besprechung im Ministerium des Innern lehnen die Industriellen und die Arbeiter ein Verhandlungsprotokoll ab, das betont, daß die Arbeiter zurückführende Kraft der Vereinbarungen vom 1. Juli ab und Bezahlung der Tage der Arbeitsverweigerung und des ihnen erwachsenen Schadens fordern, die Industriellen aber diese Forderungen ablehnen, daß ferner beide Teile den Beginn der Geltung des neuen Tarifs auf den 15. Juli festsetzen und die Bezahlung für die Tage der Befreiung der Fabriken durch die Arbeiter ausschließen. Das Protokoll bezeugt den Industriellen, daß sie Giolittis Forderung über die Entlassung von Arbeitern als ihnen gemachte überhörsche Vorschläge hinnähmen.

Messaggero hört, daß der Allgemeine Arbeiterverband die Arbeiter angewiesen habe, die besetzten Fabriken zu räumen und die Arbeit wieder aufzunehmen; der Arbeiterverband versichere, daß die Ordnung gewahrt bleiben werde.

Praktische Gewerkschaftsarbeit der Eisenbahner.

Von T. Kohur, M. D. R.

Der am Sonabend in später Abendstunde beendete außerordentliche Verbandstag des Deutschen Eisenbahnerverbandes verdient in mehr als einer Hinsicht allgemeine Beachtung. Innerhalb des Verbandes ringen seit der vor 15 Monaten in Jena stattgefundenen Generalversammlung zwei Strömungen um die Führung und spiegeln dadurch die zerfallene politische Arbeiterbewegung wider. Im Hintergrund waren außerdem die politische kommunistische Drängerei an der Arbeit, um die aus der wirtschaftlichen Not der Eisenbahner entstandenen Bewegungen ihren politischen Zweck nutzbar zu machen. Raum war die erste Generalversammlung der jungen im Jahre 1916 gegründeten Organisation verblieben. Da letzte eine von der Opposition mit großer Fähigkeit geführte Propaganda zur Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages ein mit dem ausschließlichen Ziel, den Vorstand zu bestreiten.

Zu den Kämpfen innerhalb der Organisation gefellte sich der Kampf mit den gewerkschaftlichen Eisenbahnerverbänden auf der einen und mit der Eisenbahnerverwaltung und Regierung auf der anderen Seite. Den Anlaß dazu gaben die langwierigen Verhandlungen über den preußischen Lokführer mit der damit in Zusammenhang stehenden Schließung der Verträge, der Wahrungsforderung der Funktionäre und der Wiedereinführung der Affordarbeit, ferner die Verschleppung der Betriebs- und Beamtentwahlen, sowie der seitens der Regierung zögernd und mangelhaft durchgeführten Reformen. Aber alle Kämpfe und Schwierigkeiten hielten das Wachstum des Verbandes nicht auf, so daß er nach Verhinderung mit dem Deutschen Betriebspersonalverband zur größten Eisenbahnerorganisation der Welt wurde und heute rund 550 000 Mitglieder zählt. Kein Zweifel, daß es für bestimmte politische Parteien ein nicht zu unterschätzender Machtgewinn ist, wenn es ihnen gelingt, die im D. E. V. organisierten Eisenbahner für sich zu gewinnen.

Der Vorstand, der sich ursprünglich gegenüber dem Drängen der Opposition ablehnend verhielt, sah sich infolge der veränderten Verhältnisse aus Zweckmäßigkeitsgründen veranlaßt, schließlich doch eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Diese fand in der Woche vom 12. bis 18. September in Dresden statt und brachte die von der Opposition gewollte Auseinandersetzung mit dem Vorstand. Die Einleitung begann mit der Annahme von Anträgen der Opposition auf Erweiterung der Beratungsgegenstände und der der Stellung von Korreferenten. Begegnend ist nun, daß die Dresdener unabhängige „Volkszeitung“ vom 13. September ihrem ersten Bericht über den Verbandstag in großen Zetteln die Ueberlieferung voraussetzte: „Oppositionelle Mehrheit auf der Eisenbahnertagung“. Aber schon der nächste Tag brachte ihr eine große Enttäufung, denn der sechs Stunden in Anspruch nehmende, vom Vorsitzenden Spießler erhaltene Geschäftsbericht fand überraschenderweise förmlichen nicht einwollenenden Beifall der gesamten Versammlung. Der Grund dafür ist wohl in der vorliegenden Sachlage zu suchen, mit der der Vorstandsvorsteher über eine förmlich bewogt, aber an Erfolge reiche Tätigkeit berichtete. Demgegenüber hatten die Korreferenten einen schweren Stand, und manchmal schien es so, als handele es sich bei den Korreferenten um Ergänzungen zum Vorstandsbereich. Diesen Eindruck dürfte auch die Opposition gehabt haben, denn sie verzichtete darauf, den von ihr zum Preisbericht gestellten Korreferenten sprechen zu lassen.

Nachdem sich in den ersten Verhandlungstagen nach leidenschaftlichen Auseinandersetzungen die Kräfte der beiden Richtungen gemessen hatten, trat immer mehr und mehr der entschlossene Wille in den Vordergrund, unter Zurückdrängung aller politischen Einflüsse streng gewerkschaftliche Arbeiten zu verrichten. Sehr deutlich zeigte sich das bei der Behauptung des wegen andauernder Störung der gewerkschaftlichen Arbeit vom Vorstande ausgeschlossenen Kommunikationsschiffe. Mit großer Mehrheit machte sich die Generalversammlung den Vorstandsbereich, dem sich feinerseitig die Konfessions- und Betriebskommission angeschlossen hatte, zu eigen. Die beiden letzten Verhandlungstage fanden völlig im Zeichen positiver aufbauender Gewerkschaftsarbeit. In erster Linie ist hier zu nennen, gemeinsam mit dem Deutschen Transportarbeiterverband unter dem Namen „Deutscher Verkehrsverband“ eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden mit dem Ziele, das gesamte Personal der privaten und staatlichen Eisenbahnbetriebe einschließlich der Post zu organisieren. Der Bund, der seine Tätigkeit in kürzester Zeit aufnehmen soll, wird rund 1 1/2 Millionen Mitglieder zählen, zu denen durch in Aussicht stehende Verhinderungen weitere hunderttausende kommen werden. Mit der Schaffung des „Deutschen Verkehrsverbandes“ auf freigerwerblicher Grundlage hat sich das Verkehrspersonal einen Machtort geschaffen, der bei den künftigen Kämpfen um bessere Einkommens- und Dienstverhältnisse eine ausschlaggebende Bedeutung erlangen dürfte.

Erfreulich war der vorstehende Befehl war auch das Ergebnis der Vorstandswahlen. Beide Richtungen hatten

Die Entente als Helfershelfer der Reaktion.

Am 22. Juni 1920 überreichte die Entente der Reichsregierung die Entwaffnungs- und Reorganisationsnote für das deutsche Volkswesen. Beim Bekanntwerden derselben erscholl ein Entrüstungsruf in den reaktionären Blättern und überall hieß es, die Entente macht Deutschland waffenlos und liefert uns dem Bolschewismus aus.

Die Reichsregierung verwarf in Spa durch die alten Generale der Reichswehr die Forderung der Entente vertreten zu lassen. Da dieselben aber mit dem Wesen der Polizei nicht vertraut waren, verwies die Entente auf die Note vom 22. Juni, nach der die Polizei bis zum 22. 9. 1920, also innerhalb drei Monaten, reorganisiert sein müsse.

Die preußische Regierung gab sich nun die erdenkliche Mühe, um diesen Forderungen gerecht zu werden, sowie auch nach Möglichkeit keinen der Beamten durch die Umformung brechen zu lassen.

Nach dem Diktat von Spa war die Zahl der Sipo auf 85 000 Mann für Preußen begrenzt und die Bewaffnung herabgesetzt. Der Minister Gevinger berief als Reorganisationsrat der Ministerialrat Dr. Weggen, ein seit Jahren bekannter Polizeifachmann, der trotz seiner Stellung das Vertrauen des Volkes genoss und in Kürze die Pläne für die Umformung fertigstellte.

Der Pressebesuch, den die Rechtspresse in verantwortungsvoller Weise gegen Dr. Weggen geführt hat und das später alljährlich unbegründete Triumphgeschrei, als seien die Weggen'schen Pläne durch die Organisationen der Polizeibeamten verworfen und die Pläne der Offiziere und Reak-

parteiern verurteilt worden, hat dazu geführt, daß die Entente ohne vorherige genaue Kenntnis der Pläne die Reorganisation, wie sie am 22. September in Kraft treten sollte, verwarf.

Es mußten nun im letzten Augenblick die gesamten Pläne nochmals umgearbeitet und die ganze Gruppierung auf eine neue Grundlage gestellt werden. Insbesondere ist nun hier ein Punkt, der für die Provinz Sachsen als Schwergewicht fällt. Dem Oberpräsidenten Höring, dem seit dem Kapp-Putsch schon die Sipo für Mitteldeutschland unterstellt ist und dem nach den Weggen'schen Plänen das gesamte Volkswesen unterstellt werden sollte, so wie wir es in Nr. 214 vom 11. September unseres Blattes ausgeführt haben, wird damit die oberste Polizeigewalt genommen und den Regierungspräsidenten übergeben, so wie es vor dem Kriege war. Diese Abmachung würde unseres Erachtens gerade nicht vorzuziehen sein, da das Volk dem Regierungspräsidenten nicht soviel Vertrauen entgegenbringt wie sie es einem Volksgesetz als obersten Ordnungshüter entgegenbringen müßte.

Das preuß. Ministerium hat bereits der Interalliierten Kommission die Pläne vorgelegt und die Auflösung der Sipo und der nunmehr nach ihrem Gebot erfolgten Umgruppierung mitgeteilt. Fast alle Redner im Hauptauschuß der Landesversammlung haben sich am Sonabend dem Gedanken des Ministers angeschlossen und festgestellt, daß durch die chauvinistischen und reaktionären Artikel der Rechtspresse eine Organisation, wie sie zum Wohle des gesamten Volkes und zum Wiederaufbau Deutschlands geplant war, vereitelt worden ist.

Die englischen Kreisstrafkollatoren in Oberösterreich zurückgetreten.

Wien, 20. Sept. Einem Londoner Junkspruch zufolge hat die englische Regierung der Vorkonferenz mitgeteilt, daß die englischen Kreisstrafkollatoren Oberösterreichs in der harnächtigen Sitzung der Franzosen die Demission eingereicht haben. Wie wir hierzu mitteilen können, beruht es auf Tatsache, daß drei der englischen Kreisstrafkollatoren vor einiger Zeit unabhängig voneinander an englischen Vertreter in der Interalliierten Kommission in Wien Oberösterreich in ihr Abziehungsgeheiß einreichten, weil sie im Gebrauch ihrer Amtsgewalt infolge der Parteilichkeit der Franzosen gehindert wären. Dem Auswärtigen Amt in London war von Oberösterreichern von diesem Demissionsgesuch der Kreisstrafkollatoren bisher noch nicht Mitteilung gemacht worden, da er erwarten wollte, wie sich die Verhältnisse in dem Verwaltungsverfahren Oberösterreichs gestalten würden. Nachdem die englische Regierung nicht eingetreten war, hat Oberösterreich der Londoner Regierung von dem Demissionsgesuch Kenntnis gegeben, doch zugleich mitgeteilt, daß die englischen Kreisstrafkollatoren vorläufig ihren Dienst versehen werden.

Das Finanzministerium sucht Geld.

Berlin, 20. Sept. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Meißner befindet sich gegenwärtig auf einer Reise, um sich mit dem Präsidenten der Landesfinanzverwaltung bezüglich der beschleunigten Erhebung des Vermögenssteuerns besonders des Reinkontopfers zu beraten. Am 17. September fand in Frankfurt a. M. eine Besprechung statt, an der bei der Besprechung der Landesfinanzverwaltung beteiligt waren. Gegenstand der Beratung war der Stand der Vorarbeiten zur Ausführung der Steuererhebung und Maßnahmen für eine beschleunigte Erhebung des Reinkontopfers. Zum Laufe dieser Woche finden Be-

sprechungen gleicher Art in Bayern, Thüringen und Sachsen statt. Am nächsten Donnerstag wird Staatssekretär Meißner mit den Verwaltungsbeiräten der Bezirke Groß-Berlin und Brandenburg dieselben Fragen behandeln.

Arbeitslosen-Demonstrationen in Berlin.

Berlin, 21. Sept. Der geschäftsführende Ausschuss des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat, nachdem die Arbeitslosenräte an ihn mit der Aufforderung herantreten waren, sich an der heute stattfindenden Demonstration zu beteiligen, die als „Freiheit“ mittelst, es einstimmig abgelehnt, sich an dieser Demonstration zu beteiligen. Auch die Generalversammlung der Metallarbeiter Berlins beschloß gestern abend gegen wenige Stimmen, die Kollegen in den Betrieben aufzufordern, sich an der heutigen Arbeitslosen-Demonstration nicht zu beteiligen. Auch der „Vorwärts“ warnt die Arbeitslosen doppelt, sich durch unbefugene Elemente zu Unbekanntheiten hinsetzen zu lassen.

Die Arbeitslosenunterstützung.

Berlin, 20. Sept. Zu dem Kapitel besonderer Fürsorge für langfristige Erwerbslose wird dem Reichs- und Reichs- arbeitsministerium mitgeteilt: In den beteiligten Kreisen wird vielfach die Auffassung vertreten, jedem Erwerbslosen stehe unter bestimmten Voraussetzungen ein Anspruch auf etwa 400 Mark aus den Mitteln zu, die vom Reiche den Ländern und Gemeinden zur besonderen Fürsorge für langfristige Erwerbslose bereitgestellt sind. Diese Auffassung ist nicht zutreffend. Der Reichsarbeitsminister hat nur gesagt, daß aus den 50 Millionen Mark, die das Reich bereit stellt, und aus den Mitteln, die die Länder und Gemeinden dazu bereithalten, nach überprüfbarer Rechnung im Durchschnitt auf den Kopf eines Erwerbslosen etwa 400 Mark entfallen werden. Die Länder und Gemeinden haben aber weitgehende Freiheit in der Art und Höhe der besonderen Unterstützung, die sie den Erwerbslosen zukommen lassen können.

sch auf einen gemeinsamen Wahlort geeinigt, der mit Ausnahme des Vorstehers Brunner die Namen sämtlicher bisherigen Besoldeten Vorstandsmitglieder enthielt. Unter diesen Umständen konnten die sich wieder zur Wahl stellenden, wie auch die neu hinzukommenden Vorstandsmitglieder die abgegebenen Stimmen fast r-flos auf sich vereinen. Der aus dem Vorstand ausgeschiedene Vorstehende Brunner, der in jahrzehntelanger Pionierarbeit für die Eisenbahnorganisation gewirkt hat, stellt nunmehr seine Kraft dem „Wortführer“ zur Verfügung.

Zur aufbauenden Arbeit zählt weiter der Beschluss, besondere Sektionen für Arbeiter, Beamte und Jugendlichen im Besonderen zu bilden. Hierzu sind besondere Richtlinien beschlossen worden, die den neuen und den veränderten Verhältnissen angepassten Schulen beigefügt werden. Schließlich sei noch hingewiesen auf eine Reihe wichtiger Anträge, die sich an die Regierung und Eisenbahnverwaltung wenden und die endgültige Gestaltung des Besoldungsgesetzes nach geschätzten Gesichtspunkten fordern. Im Zusammenhang damit steht das entlassene Entzaten für die Beamten- und Arbeiterpensionäre, sowie ihrer Witwen und Waisen.

Ein Rückblick auf die Verhandlungen zeigt, daß eine Tagung beendet wurde, die bei den Eisenbahnern das Bewußtsein auslösten wird: Dresden ist der Ausgangspunkt neuer Erfolge geworden.

Wilmhelm und Scheidemann.

Gen. Scheidemann schreibt dem „Vorwärts“ aus Kassel vom 19. September: Aus dem „Vorwärts“ vom 18. d. M. ersehe ich, daß die mir hier nicht zu Gesicht kommende „Freiheit“ mich wieder einmal anläßt. Ich soll Ausprägungen des Kaisers über die Demokratie, die er am 20. Juli 1917 in meiner Gegenwart getan haben soll, verleugnet haben.

Das ist un wahr. Ausprägungen, wie sie der Abgeordnete Grabberger zitiert, hat der Kaiser in meiner Gegenwart nicht getan. Nachdem er also mit jeder einzelnen Fraktionsvertretung — sozusagen offiziell — gesprochen hatte, fand in einem Zimmer ein „manörlie“ Aussprache zwischen ihm und Herren der verschiedenen Parteigruppierungen statt, bei der aber auch, wie mir erzählt wurde, von je hundert gesprochenen Worten der Kaiser neunundneunzig bis hundert redete. Zu den für die Aussprache vom Staatssekretär Beldier gebeten Herren gehörte ich zu meiner großen Freude nicht. Ich hätte an der einen Aussprache schon vollkommen genug.

Was der Kaiser in meiner Gegenwart gesagt hat, habe ich genau aufgezeichnet; es wird der Öffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben.

Der Streit um Mostau.

Das Delegationsrecht zum Parteitag der I. S. A. — der nun glänzend zu weitgehend stattfinden soll — spielt natürlich eine große Rolle bei den Entschlüssen, die dort gefaßt werden sollen. Wahrscheinlich wird die vom vorigen Parteitag auf 400 beschränkte Delegiertenzahl überschritten werden, denn mer weiß, ob sich die Mitgliedschaft auf die ihnen zuzurechnenden Delegierten beschränken werden. Wie sie verteilt werden sollen, darüber macht Konrad Ludwigm im „Volkstimme“ eine Rechnung auf. Zuerst begründet er den Vorschlag, 12 Bezirke nur je einen Delegierten zuzugewähren. Er schreibt:

„Vor mir liegt der Bericht der Zentrale April-Juni. Von 32 Bezirken haben nur 17 im letzten Quartal Beiträge abgeführt, zusammen rund 190 000 M. 12 Bezirke, die nichts abgeführt haben, erhalten nach dem Beschluß vom Centralrat je einen Delegierten, 10 aber auf die Bezirke, die ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, 388 Delegierte einzuweisen.“

Die 12 Bezirke, die nichts an die Zentrale abgeführt haben, sind Baden, Bayern, Chemnitz, Frankfurt a. M., Sellen-Waldob, Magdeburg, Mittelrhein, Oberhessen, Schlesien, Ostpreußen, Jütland und Mecklenburg. Sie hätten am 1. April zusammen 181 027 Mitglieder. Im Falle die Gesellen etwa glauben, haben die 12 Bezirke nur im letzten Quartal die Verpflichtungen gegenüber der Gesamtpartei nicht erfüllt haben, ist mitgeteilt, daß in dem vorliegenden ganzen Geschäftsbericht die genannten Bezirke 17 130 000 M. Mitgliedsbeiträge abgeführt haben. An derselben Zeit haben die anderen 17 Bezirke 484 000 M. abgeführt. Wenn also fast jene 12 Bezirke nur 12 Delegierte erhalten, geschicht ihnen Ungerechtigkeit, sie wollten es so, so haben es beschlossen.

Man sieht, es ist nicht alles Gold was glänzt. Trifft das Wort schon auf die politische Tätigkeit der Unabhängi-

gen zu, so über auch in demselben Maße auf ihre Vermaltungstätigkeit in den eigenen Reihen. „Nur schärfste Zentralkontrolle kann die Arbeiterarbeit retten“, so heißt das Schlagwort, das sie jetzt immer ausposaunen. Darum weg mit demokratischen Einrichtungen, darum womöglich noch die 21 Mostauer Punkte in dieser Richtung ausgebaut, dabei können sie die Zentralkontrolle in ihren eigenen Reihen nicht fruchtbar durchführen. Oder ist das der Sinn einer Zentralkontrolle, wenn dafür andere Bezirke, wie Berlin und Leipzig je 30 Delegierte, der Bezirk Halle 32, zugewilligt erhält.

Das hätte Magdeburg bei der Reichstagswahl 180 000 unabhängige Stimmen und fast 300 000. Es kann sich also die zum Verrückten noch eine solche Reichskontrolle erfinden und die wird ihre Fortsetzung noch auf der Tagung selbst finden, denn der Kampf um Mostau ist nicht allein der Kampf der Geister, sondern eben auch der Kampf um das Stimmrecht auf dem Parteitag. Die Zentralkontrolle wird die Wahrheit des Wortes erweisen, es ist nicht alles Gold was glänzt und glänzende Wahlen lassen sich eben auch nicht so ohne weiteres in Gold ummünzen.

Wie du mir so ich dir.

Berlin, 20. Sept. Gegen die Wahl Dr. Löwensteins zum Oberstadtschulrat von Berlin waren gestern Protestversammlungen von der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Zentrumspartei und der jüdischen Religionsvereinen wurden alle Versammlungen durch ein Massenaufgebot von unabhängigen und kommunistischen Elementen gestört und teilweise vereitelt. Es kam in den Versammlungshäusern, besonders im Sirkus Busch und im Arbeitervereinshaus in der Chausseestraße zu wilden Auftritten und Prügeleien. An verschiedenen Stellen mußte die Sicherheitspolizei einschreiten.

Tschechische Kommunisten gegen die Partei.

Das Vrag wird geschrieben: Der Kampf in der Sozialdemokratischen Partei nimmt schärfere Formen an. Nach der Gewalttat der Kommunisten, die sich der Druckerzeitung „Pravda“ („Volkstimme“) bemächtigt, dort einen Arbeiter- und Redaktionsrat einsetzten und als Zensor den Schriftsteller Jan Olbracht, der aus Mostau zurückkehrte, ernannten, trat heute der Vorstand der Partei zusammen und faßte folgenden Beschluß: „Der „Pravda“ wird sofort einer anderen Druckerzeitung übertragen. Die Redaktion wird neu gebildet. Gegen die Taten, welche sich des Eigentums der Partei bemächtigt haben, wird gerichtlich vorgegangen.“

Die Kommunisten erklären, daß sie den Kongreß Ende September trotz des Beschlusses der Parteivertretung, ihn zu vertagen, abhalten wollen, soße es, was es wolle.

Die tschechische sozialdemokratische Parteivertretung hat in der Sitzung, in der sie in den Rücktritt der parteigenössigen Minister willigte und ihnen den Dank ausproch, beschlossen, daß nunmehr nach dem Ende der Koalition ein Grund für ein Weiterbestehen einer organisierten Partei nicht mehr gegeben sei und sie darum liquidieren.

Woher haben die Injuranten in Oberhessischen Waffen?

Aus unrichtigten Kreisen wird dem „V. P. M.“ mitgeteilt: Die „Oberhessische Volkstimme“ vom 12. September veröffentlicht einen höchst bemerkenswerten Aufruf aus dem „Los Trach“ vom 22. August, einem Arbeiterblatt, welches von polnischen Industriebezirk erscheint. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Zur Hilfe, Oberhessische! Oberhessischen in Flammen! Das arbeitende polnische Volk, das nur einen Fußbreit von uns getrennt ist, rüdt das an ihm bangende Unrecht an den Barbaren, die sich Sicherheitswehr nennen. Unsere Brüder erwarten von uns Hilfe. Ihnen fehlen Waffen und Munition. Sie brauchen Nahrung. Die Redaktion des „Los Trach“ fordert alle Väter zur Sammlung von Geld und Prebesagen auf, die wir sofort der Kommandantur in Schoppinisch, mit der wir enge Nahrung angeknüpft haben, überreichen. Darum zur Hilfe den oberhessischen Brüdern! Die Redaktion.“

Dieser Aufruf wirft ein brisantes Licht auf die Wege, auf denen die polnischen Injuranten in Oberhessen ihre Waffen erhalten. Besonders bemerkenswert erscheint aber

darin, daß, wie aus dem Aufruf unabweislich hervorgeht, unter den Augen der Internationalen Kommission eine polnische Kommandantur in dem deutschen Orte Schoppinisch besteht.

Kartoffeln für deutsche Männer.

Die Tat, daß die einige, der volksparteilich eingerichteten Reichsregierung ist die Hungro ganz unorganisiert, Prüfungen der alten Zwangswirtschaft. Die Delegationsprüfungen haben die Herrschaften entgegen ihrer besseren Überzeugung dazu gezwungen: die traurigen Folgen beginnen sich schon zu zeigen. Ein volksparteiliches Blatt, der „Sammovereiche Courier“, muß mitteilen, daß Brennerzeiten schon jetzt Kartoffeln für 30 Mark den Zentner aufkaufen, und selbst die „Tägliche Rundschau“ sagt, daß die Bauern mindestens 30 Mark für den Zentner fordern.

Aber die Deutsche Volkspartei weiß Rat. Die Landesgruppe Braunschweig der Deutschen Volkspartei wendet sich an das braunschweigische Volk und offeriert ihm gnädig Kartoffeln, den Zentner zu 20 Mark. Deutschnationalistisches Landwirte Braunschweigs haben in überdurchschnittlichem Patriotismus sich bereit erklärt, für diesen Preis zu liefern. Nur einen kleinen Schaden hat die Geschichte — die Vermittlung übernimmt nämlich die deutschvolksparteiliche Parteioorganisation.

Nun sagt man in Braunschweig nicht mehr: mit Sped fängt man Mühe, sondern: mit Kartoffeln fängt man Wähler. Nicht mehr die dümmlichen Bauern, sondern die strammten Volksparteiler werden die meisten Kartoffeln haben. Es geht eben nichts über den selbstlosen Patriotismus der Partei des nationalen Wiederaufbaus.

Eine internationale Handelsreise.

Berlin, 20. September. „Aftenposten“ meldet aus Helsingborg, daß die Gründung einer großen internationalen Herings-Kompagnie mit Aktienorten in Deutschland, Dänemark, Schweden und Holland geplant wird. Das Hauptort soll sich in Altona befinden. Das Aktienkapital wird sich auf 10 bis 15 Millionen Mark belaufen. Man rechnet damit, daß das Unternehmen einen jährlichen Umsatz von etwa 500 Mill. Mark haben wird.

Inland.

Deutsche Schiffahrtskongress.

Am 15. und 16. d. M. trafen in Berlin Vertreter der Schiffahrt aller deutschen Stromgebiete und aller Gruppen einschließend der Kleinschiffahrt zu Beratungen über die gemeinsamen praktischen Binnen-Schiffahrtsfragen zusammen. Die Beratungen erstreckten sich auf die in Vorbereitung befindliche Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Abgabe von Schiffen oder Anteilen deutscher Schiffahrtsgesellschaften nach, ferner auf die Eingliederung der für die Schiffahrt und Wasserstraßenverwaltung zu bildenden Abteilung im Reichsverkehrsministerium, sowie auf die voraussichtlichen Einwirkungen der Neuordnung der Eisenbahnverträge auf die Binnen-Schiffahrt. Die Beratungen zogen, in welcher außerordentlich befristeter Lage sich die deutsche Binnen-Schiffahrt in allen Stromgebieten befindet, wie notwendig es ist, die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Fragen aus dieses Gebietes in engem Zusammenarbeiten mit den zuständigen Ministerien durch eine traktierte Zentralorganisation zu behandeln. Die Bereitwilligkeit hierzu wurde von den Vertretern aller Ströme einschließend der Kleinschiffahrt mit erfreulicher Einmütigkeit wiederholt zum Ausdruck gebracht. Den allgemeinen Verhandlungen schlossen sich Kommissionenberatungen mit dem Reichsverkehrsministerium über die Eisenbahnverträge in Detmold am 17. d. M. an. Weitere Verhandlungen sind für die nächste Zeit über die Organisation der Schiffahrtsverbände im Reichsverkehrsministerium in Aussicht genommen.

Bearbeiten für Brüssel.

Nach der „D. A. Z.“ werden die Bearbeitungen für Brüssel der internationalen Finanzkongress jetzt getroffen, an der weit über 30 Staaten teilzunehmen werden. Deutschland sei in dem an sich fortgesetzt mit dem Kongress eingeladen worden. Mit Deutschland weiß die Konferenz freilich auch noch keinen völlig geschlossenen Kreis auf, denn es fehle Rußland.

Butu Simba's Mission in Europa.

Eine Regergeschichte von G. Thuron.

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten). Der Krieg,“ begann der Vortragende, „hat uns enger als je in Kontakt gebracht mit den primitiven Völkern unseres Weltkreises. Danken wir dem Schicksal, nein, unseren großen Strategen, daß sie mit ihren Erfolgen auf den Schlachtfeldern der Wissenschaft ein neues Feld fruchtbarer Tätigkeit eröffneten!“

Dann aber war der Geheimrat schon im tieferen Fahrwasser der objektiven Forschung. Er sprach über die Entstehung des aufstrebenden Ganzen in der Vorgesichte des Menschlichen Welt aussehend, ließ er die Wissenschaften aus dem Dämmer der Geschichte aufsteigen und durch feste Neuorientierung der Bedürfnisse aus der horizontalen in die vertikale Ebene aufrücken. Und nun geriet er die beiden vor ihm politisierten Demonstrationsoberfläche in den Vordergrund seines Vortrages. An Butus breitem Rücken wies er die veränderlichen Verhältnisse des Weltalls als ausschlaggebendes Moment in der Weltgeschichte und der großen Zivilisierten nach. Die gleiche Reihenfolge der Viten aber erörterte, wo dieser wunderbare Entwicklungsprozess seinen Ursprung gefunden hat. Er war ein höchst bedeutender Wissenschaftler in das unbestimmte Sand des homo primigenius, und im Bereich der geheimnisvollen Darlegungen bis zu einem Duzend gegnerischer Hypothesen zurückkam am Wege liegen.

Butu hatte während der Vorlesung zunächst geduldig gewartet, daß sie der Fragen der langen Rede abrollte. Doch ließ ihn eine quälende Unruhe nicht so still verharren, wie man es von ihm gewöhnlich hätte. Wieviel richtiger er seinen hilflosen Blick auf sein armes Rebengebilde, dem sie aus unerklärlichen Gründen so zugestiegen hatten, daß nur die bürren Knochen übriggeblieben waren. Konnte das nicht am Ende auch ihm passieren? Wer wollte diese vielen Feinde hindern, ihn schon morgen für ihre dunklen Zwecke ganz aus der Fülle zu krenpeln?

Seine Beschäftigungen verloren sich aber, als ihn nun die Studenten umringten und aufmunternde Worte und Gebärden an seine Wessie besendeten. Man zwitzte ihm, wenn auch mit einer gewissen Rücksicht, in die Oberarme, des

laßte seine Muskeln, gab ihm Jagenen und Streckhölzer. In wesentlich unzufriedenlicher Stimmung, als er den Saal betreten hatte, verließ er ihn wieder.

Die Butu, so wurden auch seine beiden Gefährten im Zimmer bald für den wissenschaftlichen Behörde in Beschlag genommen. Sie wurden anatomisch, physiologisch und linguistisch (in Bezug auf Knochenbau, Schädelgröße und Sprache) nach allen Richtungen durchsucht. Ihre Schädel wurden gemessen, die Reibarbeit ihrer Nerven geprüft. Eine Flut von Weissagen rollte über ihre Köpfe hin. Sie kamen dadurch auf den Einfall, daß ein unerschöpflicher Vorrat verborgener Wissensmaterials in ihnen angehäuft liegt, und sie stiegen sehr in ihrer eigenen Meinung.

Der Umgang mit den Studenten verschaffte ihnen allerlei Vorteile. Ihr Körper modernisierte sich, Butu trug jetzt eine schottische Anziehe und räumte aus einer kurzen Topfle. Der Berber, der sich Gabriel nannte, paazierte mit einem Knief herum. Vermittelt eines Nalfermessers, das Butu durch die Kunst eines Wärters zugewendet wurde, und das von einem englischen Gefangenen stammte, legten sie sich gegenseitig den Waid von Haar um, das in struppiger Fülle ihre Gesichter zu bedecken begann. Der Jnder aber las auf einem Maßstab ein altes Schmierglas auf, mit dessen Reinstheit sie sich die Köpfe einrieben. So blinzte der Jnder der Kultur freilich von ihrem braunen und schmalen Stirnen. — Den größten Teil der Tageszeit über wurden sie jetzt mit Scherben in den Anlagen des Botanischen Gartens verweilt. Bei der geringen Erbschaft, die ihnen der Zehntausendtausend eintrug, war es ihnen nur angenehm, daß die Studenten sie gelegentlich abends auf kleinen Bummelzügen mitnahmen. Man paradierte mit ihnen im Parks, oder vor den Logiermüttern herum. Ein folder Bummel, zu dem jeder Mediziniker Butu Simba einnahm, endigte in einer Stammesfeier. Hier ging es höchst ausgelassen zu. Eine Orgie mit kurzgehorbenen Paar und gefärbten Lippen trug mächtige Einträge herbei. Ihr wurde Butu als Regierführer vorgeführt, unter Aufkündigung einer Reihe von Titeln und Vängebieten, die ihm gehören sollten.

Dann stieß das Bier in Strömen, und aus den Reden unerkennliche Weltkenntnis. Deutschland stand damals eben auf der Höhe seiner militärischen Erfolge. Und die Meinung nie dagewesener Ereignis erfüllte die Köpfe.

Er war einer — er repräsentierte die äußerste Strammheit im Gesicht und zwei breite Schmalen auf der Wangen befanden seine kriegerische Natur — der zog eine Fülle von brühenen Schlagworten aus seinem Gumpen und redete alle Köpfe und Massen, rote, weiße, gelbe und schwarz in den germanischen Saal.

Die gefohrene Wamfell stand während dieser und anderer Reden mit verhärteten Armen am Türposten und murerte mit furchigen und zugleich hüftigen Widen den schwarzen Gort, der ihm vorkam wie ein Ungeläm der Fabel, daß sich jeden Augenblick in ein anderes Wesen verandeln konnte.

Butu war im Biertrinken noch ein Neuling. Ein Subdo zeigte ihm, wie es gewissermaßen ein Ehrenpunkt sei, auf einem Bein stehend einen vollen Krug in schlanter Hand zu leeren. Butu brauchte das Kunststück trotz gutem Willen nicht fertig. Den ersten Krug vorgebracht, setzte er den Gumpen an und schenkte aus dem Gleichgewicht, einen flachen weißen Schäume auf der schwarzen Nase.

Unter schallendem Gelächter der Studenten sank er auf seinen Sitz zurück.

„Nicht einmal fausen kann er!“ lachte es vorwurfsvoll. Und er sollte doch einmal beutiger Biselfönig von ganz Afrika werden!

Das Hirn wurde ihm schwer. Mit jedem Gumpen, den ihm die Kellerin brachte, verlor er mehr und mehr den Zusammenhang mit der Umgebung. In seinen Ohren türmten Worte, die für ihn stummlos waren.

Richte — der Gewürter — kategorischer Imperativ! Auf einmal sah er eine weiße Vast auf seinen Knien. Was war das? Er raffte sich auf! Da sah er, mit hoch unflotigen Augen die leuchtigste Wesensform, die ihm unter dem unermüdeten Gezühl der anderen den Spaß gemacht hatte, lag ihm auf die Beine zu legen, fest aber schon wieder davon geschäft war.

Mit Anstrengung suchte er sich in den Dingen zurechtzufinden. Schon aber kam wieder die Schwere. Der Krug fiel ihm auf den Tisch, kein Trummelstiel aber erschütterten Worte, die aus den feilen Herborparungen wie Burgeshoffel: Wälder, Schopenhauer, Tannenberg und Schmeibebande! Das letzte Wort war das einzige, besser Sinn er noch einigermaßen ersah. Nachher verlor er in einen von ihm dem Spittel durchgehenden Traum.

(Fortsetzung folgt.)

Partei-Angelegenheiten.

Bezirks- und Ortsvorstand heute, Dienstag, nachm. 4 Uhr, gemeinsame Sitzung. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches und vollständiges Erscheinen notwendig.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 21. September 1920.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Zwei Besondere Stadträte. - Einführung des Zeitrechnungsartikels für die Straßenbahn. - Verpachtung des Anschlagwehens. Nachdem die Parteien abgelaufen ist, die Stadt-Mitglieder und Bürger für den Sitzungsabend der letzten Sitzungperiode, die sich auf eine Woche auf den 18. September erstreckte, sich versammelt haben, begannen sie gestern wieder ihre Tätigkeiten. Die kommenden Monate ist dem vor der Tür stehenden Winter die Stadtbücherei viele schwere Aufgaben stellen werden, daß die Stadtbücherei für eine eiprichtige Arbeit am Wohl der Stadt keineswegs vernachlässigt werden darf, verzieht auch die getriggerte Sitzung.

Preussischen Tumultulhabenebesetzes auf die Novembererzählung 1919 und auf die Januar- und Märzserien 1919 nicht weiter befreit wird. Die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten des Prozesses fallen gegen Klotz werden in der Weise verteilt, daß Klotz drei Viertel die Stadt Halle ein Viertel derselben trägt.

Der Antrag des Rechts- und Verfassungskomitees wird fast einstimmig mit dem Besetze seitens der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Im Anblich hieran bittet Frau Stadt. Rätin G. (Unabh.) den Magistrat, sofortige Schritte einzuleiten, daß die diesbezüglichen Gelder geneigt werden, da die Not unter den Unterhaltungs-Forderungen groß ist.

Genosse Heinrich Ströbel

wird am Donnerstag, den 23. Sept., abends 7 Uhr, im Apollotheater in einer

Öffentlichen Versammlung über die beiden wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung über Demokratie und Diktatur sprechen.



das Jahr beaufen, jedoch am Jahreschluss ein Selbstbeitrag von 3,6 Millionen Mark (anstatt 2,6 Millionen Mark laut Beschlussfassung 1920) entstehen würde. Zur Verringerung des Beitrags muß eine neue Tarifserhöhung vorgenommen werden. Den Wünschen des überwiegenden Teiles der Stadtverordneten entsprechend, hat die Straßenbahndirektion einstimmig einen Zeitrechnungsentwurf von 50 Qm. zumtritte, einmalige Umgestaltungsmaßnahmen eingeschlossen, vorgelegt. Man hofft damit zu vermeiden, daß der für 1920 vorgesehene Selbstbeitrag von 2,6 Millionen Mark überschritten wird.

Gen. Volkrecht hat hierzu dazu aus, daß unsere Fraktion sich grundsätzlich für die Einführung des Zeitrechnungsentwurfs einsetzt. Es muß aber darauf geachtet werden, daß endlich einmal die Belebung des Straßenbahnbetriebes nach modernen launmächtigen Gesichtspunkten erfolgt. Diesbezügliche Vorschläge sind bereits der Direktion gemacht worden. Nun sollte aber bald den Wünschen der Deputation Rechnung getragen werden. Aus persönlichen Beobachtungen schließen noch Gen. Gerzig und Witke, mo im Straßenbahnbetrieb sowohl eine bessere Organisation als auch Sparmaßnahmen. In unverständlicher Weise wird alsdann die Magistratsvorlage über die Veränderung des Straßenbahntarifs angenommen. (Ueber die Details der beschlossenen Vorlesung unterrichtet ein Artikel in der Freitagnummer der 'Volksstimme' über die Sitzung des Haushaltsausschusses, D. R.)

Verpachtung des hdt. Anschlagwehens. Ein Antrag des Magistrats, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß das hdt. Anschlagwehens auf 2 Jahre bis zum 30. September 1922 an den bisherigen Pächter Paul Schmidt in der Weise verpachtet wird, daß er einen festen Pachtsumme von jährlich 15.000 Mk. und 65 Prozent des dortiger Kinnus für ergebenden hdt. Anschlagwehens an die Stadt zahlt, wird Gegenstand einer ausgedehnten Debatte.

Gen. Gerzig erklärt hierzu, daß er es sonderbar findet, wenn der Magistrat jetzt einen Antrag auf Verpachtung des Anschlagwehens stellt, nachdem doch bereits beschlossen war, dasselbe unter hdt. Leitung zu stellen. Er habe einmal angeteigt, ein solches Votum mit launmächtigen Kräften einzubringen. Große Mittel werden doch nicht dazu benötigt. Er hätte den Antrag angenommen und dem Besetze, das Anschlagwehens in hdt. Regie zu übernehmen, beigesteuert.

Nachdem noch eine ganze Reihe Stadträte zu diesem Punkte gesprochen hatten, erfolgt die Abstimmung. Mit 32 bürgerlichen gegen 31 sozialistischen Stimmen wird die Verpachtung wie oben ausgeführt, beschlossen.

Der Turnhalle und zurück, das Reinigen der Turnhalle und die Bewachung der Gegenstände hind 335 Mk. Kosten entfallen. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Vorlage. Eine Anzahl seiner Kollegen, Anwalde eines Vermächtnisses und einer Erbschaft, Abnahme eines Besatz, Herrschaft einer Arbeitstube in der Feuerwahe Gub, Gewährung von Umsatzsteuer werden schnell erledigt.

Die Räume im 1. Oberstock des Markthofes, die gemäß dem Stadtverordnetenbeschluss vom August 1920 für die aus dem Stadtbau zu verlegende Ratskammer einzuwickeln sollen, werden jetzt eingemietet und voraussichtlich Anfang nächsten Monats für ihren Zweck bereit stehen. Ein Gehalt um Umgrünung lediglicher Beeten wird abgelehnt.

Ein Gehalt der Schüler der Staatlich-Städtischen Handwerkerschule zu Halle um Einführung der Baucensertifikatsklasse III im Wintersemester 1920/21 wird abgelehnt. Eine Einlage des Elternrates der Landmehlschule wegen Abstellung verschiedener Mängel an der Schulungsanlage dieser Schule wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überlassen. Ein Gehalt wird die Bekehrung des Herrn Georgius über das Wohnungswesen.

Die Bekehrung der Frau Theerlauf dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen. Dagegen wird die Einlage der Frau Krümer wegen Wiederereinführung ihres Mannes in den Dienst abgelehnt. Auf Antrag der Tagesordnung bewilligt man noch Heberungsarbeiten für den Einbau von Kleinstwohnungen, a. B. in der Reisingstraße.

Das Programm der Sozialdemokratie.

Diesigenen Parteigenossen, die sich das Gutachtenbuch oben genannten Titels bestellt haben, können sich dasselbe im Verlag abholen, da es jetzt endlich eingetroffen ist. Das Buch enthält ein Programm, das abgesehen von einem Programmbeiblatt in der nächsten Mitgliederversammlung, die noch vor unserem Parteitag in Halle stattfinden wird.

Die Ausnutzung der Kohle im Haushalt.

Auch der kommende Winter wird unseren Hausfrauen mancherlei Sorgen zu machen geben. Die Lebensverhältnisse haben sich in vieler Beziehung noch keineswegs verbessert; besonders aber in Bezug auf die Kohlenversorgung liegt alles im Argen. Das Quantum Kohle, welches dem einzelnen Haushalt zufließt, wird eine übertriebene Spararbeit zur dringenden Pflicht machen. Die Kohle muß auf die bestmögliche Art ausgenutzt werden, wenn wir mit dem Vorrat durch den wachsenden Preis auskommen wollen. Es dürfte sich empfehlen, die Kohle zu verwenden über, die Ausnutzung der Kohle im Haushalt, in der heute Dienstag abend 8 Uhr in Wilborsches Gesellschaftsausschuss stattfindenden Frauenversammlung der S. P. D. (alte Partei) willige Hörer finden. Alle Gemeinnütigen werden deshalb noch einmal von dieser Stelle aus auf die Verammlung aufmerksam gemacht.

Die Farben der neuen Parteizeichen.

Die Farben der neuen Parteizeichen. Vor einigen Tagen hat die Notiz mit der Ausgabe der neuen Parteizeichen begonnen; die veränderte Wolke bedingte eine Erhöhung der Auslandsgebühren. Da jedoch nach den Vereinbarungen des Weltparteiens die Farben für die einfachen Parte, Druckfarben und Volkspartei in allen Ländern in gleicher Farbe zu halten sind, nämlich entweder Rot, Blau oder Grün, so werden die neuen Parteizeichen (rot, Blau) und 25 Centime (blau, Rot) müssen die Farben der deutlichen Werte geändert werden. Die neuen Farben für die einfachen Auslandsgebühren sind jetzt in den Farben der Parteien ausgeführt, die vor der Gebührenerhöhung genigten. Es ergibt sich folgende Verteilung: 20-Pfg.-Marke = g r n, 40-Pfg.-Marke = o t, 80-Pfg.-Marke = b l a u. Über diese Anweisungen werden, es sich bei Parteiverwaltung fragen, die Anweisungen in beliebigen Farben zu halten. Es wird die neue 30-Pfg.-Marke hellblau, die 50-Pfg.-Marke hellviolett, die 60-Pfg.-Marke olivgrün und die 75-Pfg.-Marke dunkelviolett gedruckt werden. In der Übergangszeit, da noch alte Marken vorräte aufgebraucht werden, werden sich Prüflinge immer vermeiden lassen.

Im Kampf um Dasein!

Im Kampf um Dasein! Vom Arbeiter-Samariter-Bund E. V. wird uns geschrieben: Nach den neuesten statistischen Feststellungen sind im Jahre 1919 rund 575.000, im Jahre 1918 657.000 Betriebsanfälle zur Anmeldung gelangt, von denen 1918 über 11.000 einen tödlichen Ausgang nahmen. Leider ergeben die letzten Zahlen noch nicht, wie groß die Anzahl der durch diese unfeligen Krankeheitsfälle und wie hoch die Summe des durch diese herbeigeführten Lebensnieders ist. Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die Zahl der Krankeheitsfälle und der Lebensnieders weniger herabgemindert werden wäre, wenn in allen Betrieben die sanitären Einrichtungen der Kräfte entsprechen würden und wenn in jedem Betrieb auch sachkundige Notfälle sofort zur Stelle gemacht wären. Es ist eine alte Forderung, daß der erste Verband aufzufinden ist für den weiteren Verlauf der Kurbehandlung. Den Betriebsstätten ist durch Gesetz die Sorge für die Schaffung und Unterhaltung der sanitären Einrichtungen übertragen worden. Diese haben daher die Pflicht die Spezialorganisation der Arbeiterbewegung auf diesem Gebiete, die Arbeiter-Samariter-Kolonie zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn an einem Orte noch keine Arbeiter-Samariter-Kolonie besteht, müssen sie beschaffen werden. Es ist eine solche Organisation zur Schaffung der Arbeiter-Samariter-Bundes eine eigene Wohlfahrtsorganisation schaffen und die Wohlfahrtspläne für seine Krankenorganisation selbst in die Hand nehmen.

Desinfektion am Krankenbett. Die gemäß § 8 des Gesetzes vom 28. August 1909 in Kraft getretene "Anordnungsverordnung" über die Desinfektion ist in § 1 bei jedem Fall von Ungegend und Schiffsanwaltschaften die Desinfektion. Die während der Dauer der Krankeitsperiode erforderte Desinfektion (Desinfektion am Krankenbett) liegt in der Regel den Anbedingten ob, jedoch ist die Vollziehung der Desinfektion, die durch besonders sanitäre Personen im Eigenen mit dem behandelnden Arzte zu beschaffen und nötigenfalls zu regeln. Die Schuldesinfektion hat aus-

Stadtbürgermeister Schenk eröffnet die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten und verliest dann eine Reihe Eingänge.

Der Punkt 1 der Tagesordnung steht die Wahl zweier besonderer Stadträte vor. Dr. Jünger (D. R.) gibt dazu eine weitestgehende Berichterstattung, ohne jedoch hinsichtlich der Vorschläge zur Wahl ein bestimmtes Votum abzugeben. Die Stadträte werden dann die bisherigen unbesetzten Stadträte, unter Gen. Dölk und Kilian (Unabh., Fraktionsmitglieder) mit je 8 Stimmen gegen die gesamten bürgerlichen Stadtverordneten gewählt.

Die Tumultulhabenden. Nach dem neuen Tumultulgesetz vom 12. Mai 1920 ist zunächst die Satzung gegenüber den Geschädigten für Schäden an Leib und Leben und für die nach den Bestimmungen des alten Tumultulhabengesetzes vom 11. März 1880 zwar vermindert aber bis 14. August 1920 noch nach dem alten Gesetz über die Tumultulhabenden Schäden einzuwirken, welche nicht aus örtlich bestrittenen Tumultulhabenden stammen, sondern bei Zusammenrottungen zu ergeben haben, die als Begleiterscheinung einer allgemeinen Tumultulhabung anzusehen sind, zum Teil aus unmittelbarer Kampfe her um die Macht rineinander Parteien zurückzuführen. Die Tumultulhabenden sind nun alle Zusammenrottungen nach dieser Richtung vollkommen gestrichelt.

Nach dem neuen Tumultulgesetz vom 12. Mai 1920 ist zunächst die Satzung gegenüber den Geschädigten für Schäden an Leib und Leben und für die nach den Bestimmungen des alten Tumultulhabengesetzes vom 11. März 1880 zwar vermindert aber bis 14. August 1920 noch nach dem alten Gesetz über die Tumultulhabenden Schäden einzuwirken, welche nicht aus örtlich bestrittenen Tumultulhabenden stammen, sondern bei Zusammenrottungen zu ergeben haben, die als Begleiterscheinung einer allgemeinen Tumultulhabung anzusehen sind, zum Teil aus unmittelbarer Kampfe her um die Macht rineinander Parteien zurückzuführen. Die Tumultulhabenden sind nun alle Zusammenrottungen nach dieser Richtung vollkommen gestrichelt.

Nach dem neuen Tumultulgesetz vom 12. Mai 1920 ist zunächst die Satzung gegenüber den Geschädigten für Schäden an Leib und Leben und für die nach den Bestimmungen des alten Tumultulhabengesetzes vom 11. März 1880 zwar vermindert aber bis 14. August 1920 noch nach dem alten Gesetz über die Tumultulhabenden Schäden einzuwirken, welche nicht aus örtlich bestrittenen Tumultulhabenden stammen, sondern bei Zusammenrottungen zu ergeben haben, die als Begleiterscheinung einer allgemeinen Tumultulhabung anzusehen sind, zum Teil aus unmittelbarer Kampfe her um die Macht rineinander Parteien zurückzuführen. Die Tumultulhabenden sind nun alle Zusammenrottungen nach dieser Richtung vollkommen gestrichelt.

Bei der nach allen Seiten gestrichelten Rechtslage kann es kaum Zweifel mehr unterliegen, daß die Stadt für die Schäden aus dem Unruhen im November 1918, Januar und März 1919 zu vertreten hat und es wäre nutzlos, über die grundsätzliche Frage der Haftung noch weiter Prozesse zu führen, welche schließlich mit einem Unterliegen der Stadt und mit der Bestätigung mit außerordentlich hohen Prozentsätzen enden würden. In Verbindung eines Prozesses der Stadt gegen die Deutsche Arbeiter-Gesellschaft hätte über deren Haftung im Zusammenhang mit dem Schaden der Stadtverordnetenversammlung erst, während der Zeitlich auszusprechen:

1. Atlas übernimmt die Verpflichtung, die Aufwendungen welche die Stadt Halle jedem einzelnen Antragsberechtigten gegenüber anlässlich der Revolutionsergebnisse im November 1918 im Januar und März 1919 wegen der Bestätigung der Schäden zu machen hat, bei Personen, die durch die Schäden, bei Sachschäden zu zwei Dritteln zu ersetzen, und zwar Tumultulhabenden für Sachschäden bis zum Höchstbetrag von 14.000 Mk. dem Geldanspruch gegenüber, Personenschäden in unbegrenzter Höhe. Deren im Einzelnen beschlossenen und die Bestätigungsgesetze zum Inhalt hat, wird der Berechnung der Rechte der Gemeinnütigen insoweit surande geleast, als nach den vorhandenen Unterlagen anzunehmen ist, daß geschädigte Sachen nicht beschädigt wurden.

2. Atlas ist damit einverstanden, daß die Antragsberechtigte durch die Bestätigung der Schäden vom Stadtmagazin nach

